

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895

30.1.1895 (No. 30)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 30. Januar.

№ 30.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

Für die Monate Februar und März werden Bestellungen auf die „Karlsruher Zeitung“ in der Expedition des „Blatts“ sowie von allen Postanstalten angenommen.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 22. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Gemeinderath Sebastian Birmelin in Weisweil die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Buchhändler Franz Josef Futter in Freiburg die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Heiligkeit dem Papste verliehenen Kommandeurkreuzes des Päpstlichen St. Gregorius-Ordens zu ertheilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kaiserlichen Rechnungsrath und Rentanten der Oberpostkasse in Karlsruhe, Alois Schuler, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen verliehenen Königlich Preussischen Rothen Adler-Ordens 4. Klasse und dem Postkassener Philipp Christ in Heidelberg die gleiche Erlaubniß für das ihm verliehene Königlich Preussische Allgemeine Ehrenzeichen zu ertheilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Ingenieur Friedrich Doll bei der Waffenfabrik Mauser in Oberndorf die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Sultan verliehenen Türkischen Medjidie-Ordens 4. Klasse zu ertheilen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 29. Januar.

Der neuerliche „Sieg“ der radikalen Partei in Norwegen bei den letzten Wahlen war nicht geeignet, dieselbe mit besonderer Eruugung zu erfüllen, denn der Erfolg entsprach nicht ihren Erwartungen. Die Radikalen hatten nämlich gehofft, eine qualifizierte Majorität im Storting zu erlangen, wodurch sie die Möglichkeit erhalten hätten, das Ministerium Stang in Anklagezustand zu versetzen. Sie erlebten jedoch eine empfindliche Enttäuschung, die sie zu ernstlichen Nachdenken mahnen sollte; nicht nur, daß die erwünschte qualifizierte Majorität nicht zu Stande kam, blühten sie überdies mehrere Stortingssitze ein. Es hat sich bei den letzten Wahlen gezeigt, daß die Gesamtzahl der radikalen Wähler im Lande diejenige der Moderaten und Rechten um höchstens 500 übersteigt. Die Wahrnehmung dieser Thatsache hat in nicht geringem Maße dazu beigetragen, die radikalen Lebensschancen abzulassen, und die radikalen Führer veranlaßt, etwas bescheidener aufzutreten, als bisher. Wenn es nun auch verfrüht wäre, sich der Hoffnung hinzugeben, daß die Stunde der Ausöhnung der streitenden Parteien unmittelbar bevorstehe, so ist es immerhin ein werthvolles Symptom, daß die Hauptorgane der radikalen Partei seit einiger Zeit eine weniger maßlose Sprache führen, als früher. Verschiedene Auslassungen der leitenden radikalen Blätter deuten sogar ziemlich klar darauf hin, daß die Radikalen sich bereit zeigen würden, die sowohl aus unionellen wie aus internationalen Rücksichten unburchführbare Forderungen der Errichtung eines besonderen norwegischen Ministeriums des Aeußern aufzugeben, um eigene norwegische Konsularvertretungen durchzusetzen. Dieses letztere Verlangen begegnet bei der moderaten und der Regierungspartei in Norwegen, sowie in Schweden keinem prinzipiellen Widerspruch, obgleich nicht recht einzu sehen ist, welche Vortheile Norwegen aus einer solchen Einrichtung erwachsen könnten. Unter allen Umständen hält man in Schweden an dem Standpunkte fest, daß die Auflösung der nunmehr achtzigjährigen gemeinsamen Konsularvertretung Schwedens-Norwegens als eine Unionsangelegenheit behandelt werden müsse, somit nicht ohne die Zustimmung Schwedens eintreten könne. Ist einmal die Frage in dieser Weise geregelt, dann wird die Ausgestaltung des besonderen norwegischen Konsulatwesens insofern eine rein norwegische Angelegenheit, als die künftigen Konsularvertreter Norwegens ausschließlich norwegische Handels- und Schifffahrtsinteressen wahrzunehmen haben werden. Von schwedischer Seite wird jedoch mit Recht geltend gemacht, daß vor der Gutheißung der Aufhebung der unionellen Konsularvertretung durch Schweden die Befugnisse der zu ernennenden neuen norwegischen Konsule mit der größten Genauigkeit begrenzt werden müssen. Es wäre jedenfalls ein großer Gewinn, wenn die zwischen den beiden Unionsstaaten schwebende Streitfrage über die auswärtigen Vertretungen auf die Konsularämter eingeschränkt würde, denn es ist gewiß, daß eine Verständigung nur auf diesem Wege zu erreichen wäre.

Deutschland.

Berlin, 28. Jan. Seine Majestät der Kaiser hat dem japanischen Gesandten, Vicomte Koki, der ihm am Samstag in feierlicher Audienz die Kette zum Chrysanthemum-Orden überreicht hat, das Großkreuz des Rothen Adlerordens verliehen. Dem Kaiser von Japan, dem schon Kaiser Wilhelm I. den hohen Orden vom Schwarzen Adler verliehen hatte, hat der Kaiser jetzt auch die Kette zu diesem Orden verliehen.

Berlin, 28. Jan. Der Centralverband deutscher Industrieller hält im Februar hierseits eine Delegirtenversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen die Gesetzentwürfe über den unlauteren Wettbewerb und die Abänderung der Gewerbeordnung.

Weimar, 28. Jan. Die Hausbesitzervereine von Weimar, Apolda, Eisenach, Jena und Weida richten an den Landtag eine erneute Petition um gesetzliche Zulassung des Abzugs der gesammelten Schuldsinsen vom Gemeindefiskus.

Aachen, 28. Jan. Das Einfuhrverbot von Wiederläufern und Sämen aus Luxemburg wird, einer Bekanntmachung der Regierung zufolge, vom 1. Februar an aufgehoben.

Darmstadt, 28. Jan. Für den nach Eintritt in's Reichsgericht alsbald vorzunehmenden Dr. Gilmer ist Oberlandesgerichtsrath Keller zum Reichsgerichtsrath ernannt.

Der elsass-lothringische Landesausschuß.

Strasburg, 28. Jan. Die 22. Tagung des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen ist heute Nachmittag, zum erstenmale durch den Kaiserlichen Statthalter Fürsten zu Hohenlohe-Rangenburg, eröffnet worden. In seiner Eröffnungsgrede wird zunächst der Landeshaushaltsetat für 1895/96 erwähnt und auf die Finanzlage des Landes Bezug genommen, die im laufenden Etatsjahr 1894/95 noch befriedigend gewesen sei, dank der wachsenden Erträge der eigenen Einnahmequellen des Landes und infolge des Umstandes, daß in diesem Etatsjahr die endgiltige Abrechnung mit dem Reiche sich voraussichtlich erheblich günstiger gestalten wird, als bei der Etatsfeststellung angenommen worden ist. „Die weitere Gestaltung ist in der Hauptsache“ — so fährt die Rede fort — „davon abhängig, daß das Finanzverhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten derart geregelt wird, daß die Landesfonds von Zuschuldforderungen an das Reich entbunden werden.“ Wenn ein befriedigender Ausgleich in der Hinsicht nicht stattfindet, so sei zu befürchten, daß trotz der thunlichstesten Einschränkung der Ausgaben das Etatsjahr 1895/96 mit einem Fehlbetrag abschließen werde. Sodann erwähnt der Statthalter den Gesetzesentwurf, betreffend die Gebäudefsteuer, und hob dabei hervor, daß die Vorlage nicht eine Vermehrung der Steuereinnahmen, sondern lediglich eine gerechtere, dem Prinzip der Leistungsfähigkeit Rechnung tragende Vertheilung der Steuerlast bezwecke. Nach kurzer Verührung des in dieser Tagung in unänderter Fassung wieder vorgelegten vorjährigen Gesetzesentwurfs, betreffend die Sparassien, stellte die Rede eine weitere Vorlage in Aussicht, die darauf abziele, die Beschränkungen, denen die Wahl der Bornamen nach dem Gesetz vom 11. Germinal XI unterworfen ist, zu beseitigen und durch zeitgemäße Bestimmungen zu ersetzen. Ferner kündigte die Rede einen Entwurf an, durch den die bestehenden Gesetze über das Grundeigentum und die Einrichtung von Grundbüchern in einigen Punkten ergänzt werden sollen, namentlich durch Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens auf den Hypothekendämtern und durch Beseitigung gewisser Zweifel, welche über die Nothwendigkeit notarieller Verbriefung von Eigentumsübertragungen entstanden sind. — Nach Verlesung der Rede, welche mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser endete, wählte das Haus in üblicher Weise sein bisheriges Bureau wieder; an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Baron von Schauenburg wurde der bekannte Staatsrath Klein zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Unter den Abgeordneten befanden sich diesmal acht Neulinge. Am Regierungstisch war zum erstenmal der neue Landwirtschaftsminister Baron von Buloß zu sehen, der von verschiedenen seiner Kollegen im Hause freudig begrüßt wurde; Herr von Buloß ist bekanntlich noch Mitglied des Landesausschusses, während er sein Reichstagsmandat niedergelegt hat.

Frankreich.

Die Botschaft des Präsidenten.
Paris, 28. Jan. Deputirtenkammer. In den Wandlungen berührt reges Treiben. Im Saale sind alle Tribünen und Logen, auch die diplomatische, dicht besetzt.

(Mit einer Beilage.)

Ministerpräsident Ribot verließ bei Eröffnung der Sitzung folgende Botschaft des Präsidenten der Republik: „Meine Herren Abgeordneten! Indem Sie mich zu dem ersten Amte der Republik erhoben, haben Sie einen der bescheidensten Diener des Vaterlandes gewählt. Ich würde Ihnen meine tiefe Dankbarkeit nur unvollkommen ausdrücken, wenn ich die Ehre dieser Wahl nicht voll und ganz auf die schaffende Demokratie übertrüge, der ich angehöre. (Beifall.) Ich ermittle wohl die ganze Tragweite der Pflichten, welche die Nationalversammlung mir auferlegt hat, als sie mich zum Hüter der Verfassung berief. Durch die vollkommene Ruhe, mit der die Uebertragung der präsidentiellen Macht sich vollzog, hat Frankreich gezeigt, daß es seine Geschicke beherzigt und daß unter dem Schutze der republikanischen Gesetze die republikanische Ordnung keine Gefahr laufen kann. Die Nation hat jederzeit die Macht, ihren Willen durch die Vermittlung ihrer Vertreter auszusprechen, und diese finden bei der Regierung stets eine getreue Mitwirkung, um auf dem gesetzlichen Wege ernste und dem Lande nützliche Reformen durchzuführen. Frankreich verwechselt die fruchtlose Wählererei nicht mit dem ununterbrochenen Streben nach Fortschritt. Frankreich ist stolz auf seine Ehrlichkeit und seine Ersparnisse, für jeden hochherzigen Gedanken empfänglich, jeder vorgesetzten Idee unterworfen. Allein es verweigert seine Theilnahme für keine der großen Fragen, die in der Welt die Geister erregen. Die Lösung dieser schwierigen Aufgaben zu suchen und sie durch den Geist der Nation unseren Uebertreibungen und Sitten anzupassen, ist das wichtigste Werk, das zu verfolgen ist. Alle Gutgeachteten werden sich in dem Gedanken der Besöhnung und der Veruhigung auf dem Gebiete der gesellschaftlichen Gerechtigkeit zusammenfinden, um endlich die Entwicklung einer materiellen und moralischen Wohlfahrt vorzubereiten. Mit gerechtem Stolz blickt Frankreich auf seine Armee und die Marine, die stark genug sind, um mit Nachdruck die Liebe zum Frieden zu bekämpfen und die sich die tollbaren Sympathien erworben haben, an denen es dauernd festhalten wird. Einen neuen Aufschwung unseres Landes bezeugt die Vorbereitung, die es trifft, um die Nationen zu großen Feste der Arbeitsamkeit einzuladen, würdig, das Ende des Jahrhunderts zu krönen, in Hinsicht auf Kunst, Wissenschaft, Industrie und Handel, für die sich ja allenthalben in unserem Lande eine fruchtbare Thätigkeit entfaltet. In den breiten Massen des allgemeinen Stimmrechtes, wie in der politischen Welt mag derselbe Eifer alle Diejenigen vereinen, denen der Glanz des französischen Namens am Herzen liegt, und diese Vereinigung zur gemeinsamen Anstrengung für die Macht und Größe der französischen Republik ist es, meine Herren, zu der ich Sie einlade als unverlässliche Dolmetscher unserer gesammten Demokratie.“ (Wiederholter Beifall.)

Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung berichtet ein Telegramm aus der „Straßb. Post“:

Abg. Soblet bringt seine Interpellation ein und sagt in deren Begründung, er wolle die Budgetberatung nicht aufhalten, glaube aber von dem Kabinete einige Erklärungen für die bedeutenden Ereignisse fordern zu müssen, die sich soeben zugetragen hätten. Er werde nicht von der erlauchten Botschaft Casimir-Periers, noch von der Wahl des neuen Präsidenten sprechen. Die radikale Partei sei bereit gewesen, ein Ministerium Bourgeois zu unterstützen, das den Gerichten in den Standfällen der letzten Zeit freie Hand gelassen hätte. Bourgeois sei aber mit seiner Aufgabe gescheitert und man habe sich an die Rechte gewandt. Das jetzige Kabinete sei ein solches der Konzentration. (Lärm im Centrum.) Der Redner wendet sich dann gegen Ribot, der zur Zeit der Panamastandale Ministerpräsident gewesen sei, und schließt mit den Worten, das Kabinete Ribot sei ein konservatives.

Ministerpräsident Ribot erklärt, die Aufgabe übernommen zu haben, ein Kabinete der republikanischen Vereinigung zu bilden, das alle Elemente um sich sammle, die gewillt seien, eine Politik sozialer Verteidigung und demokratischer Reformen zu unterstützen. Das Kabinete werde eifrig darüber wachen, daß seine Beamten unter allen Umständen eine Sprache und Haltung innehielten, die keinen Zweifel über ihre Ansichten ließe. Er betont aber, vor allem müsse man die Budgetberatung und die Getränkesteuerreform u. s. w. in Angriff nehmen. Die Regierung werde eine Vorlage einbringen, für die sie die Dringlichkeit verlange, die Amnestie, und dann die Weiterberatung des Budgets erbitten.

Abg. Soblet beantragt dann folgende Tagesordnung: Die Kammer spricht sich gegen jede Politik aus, die ein Abkommen mit der Rechten und Widerstand gegen die Demokratie im Auge hat. — Die Tagesordnung wird abgelehnt, dagegen eine von Valde Trouillot, Chaudoy und Deslan mit 529 gegen 79 Stimmen angenommen, die besagt: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung, verbarrt auf ihrem Willen, eine Politik der Vereinigung der Republikaner und des demokratischen Fortschritts zu führen.“ — Die Regierung ist also Sieger im ersten Kampfe geblieben. Der Justizminister bringt sodann eine Amnestievorlage ein. Das Haus beschließt die sofortige Berathung. Nachdem an der Vorlage einige Aenderungen getroffen worden, wird sie genehmigt. Dann vertagt sich das Haus auf Donnerstag.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 29. Januar.

Gestern Nachmittag nach 4 Uhr ist Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Luise von Preußen zum Besuch

